

Waffen schaffen keinen Frieden

Policy Paper des Internationalen Versöhnungsbundes – österreichischer
Zweig zu den Aufrüstungsplänen der Europäischen Union und Österreichs

Zusammenfassung

Rüstung tötet auch ohne Krieg - Frieden schaffen ohne Waffen: Das nachfolgende Policy Paper zeigt, dass diese Grundsätze einer menschenwürdigen, gewaltfreien Friedenspolitik auch heute berücksichtigt und bewahrt werden müssen und bewahrt werden können. Nichts rechtfertigt ein Abweichen davon, auch heute nicht in Zeiten massiver Aufrüstung. Eine Politik, die sich gegen diese fundamentalen Einsichten entscheidet, führt in den Untergang von uns allen, unserer Kinder und unserer Welt.

Im März 2025 hat die Europäische Kommission mit Verweis auf die vielfältigen Bedrohungen ein noch nie dagewesenes Aufrüstungsprogramm für die EU-Mitgliedsländer vorgestellt. Österreich hat bereits im Jahr 2022 für das Bundesheer den Aufbauplan 2032+ beschlossen, dessen Ziel es ist die Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes zu erhöhen.

Mit den Aufrüstungsprogrammen wird der Klimawandel beschleunigt, die Umwelt zerstört und die knapper werdenden Ressourcen verschwendet.

Kriege und Rüstung kosten viel zu vielen Menschen das Leben. Aus humanistischer Sicht haben die Regierungen kein Recht, Menschen zum Töten auszubilden bzw. in den Krieg zu schicken, zumal die Menschheit alles nötige Wissen und alle nötigen zivilen und gewaltfreien Methoden in Händen hält, um ohne Waffengewalt einen nachhaltigen Frieden aufzubauen.

- Wir erwarten von der österreichischen Bundesregierung dieses reichhaltige Instrumentarium zur Anwendung zu bringen und sich nicht an einem kostenintensiven und die Lebensgrundlagen zerstörenden Wettrüsten zu beteiligen.
- Insbesondere ist es unerlässlich, dass Österreich seine Verteidigungskosten einfriert und sich aus dem Projekt Sky Shield zurückzieht.
- Österreich muss in den Frieden investieren, u.a. durch die Stärkung internationaler Organisationen, den Aufbau von Kapazitäten für die zivile, gewaltfreie Konfliktlösung und Konfliktprävention sowie durch Friedensbildung und Forschung für zivile Güter und Belange, insbesondere im Bereich des Klimaschutzes.
- Bezüglich der Abrüstung von Atomwaffen und bestimmter konventioneller Waffen, die durch das humanitäre Völkerrecht beschränkt oder verboten sind (wie z.B. Antipersonenminen und autonome Waffensysteme), ermutigen wir die Regierung, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Inhalt

Aufrüstung in Österreich	2
Das Weißbuch der Europäischen Kommission	2
Mit der neoliberalen Weltordnung in den Untergang?	3
Transparenz statt Kriegspropaganda und Alarmismus	3
Die Spirale der Gewalt	3
Klima- und Umweltkiller Militär	4
Humanistische Fragen	5
Unerlässliche Handlungsschritte für die österreichische Bundesregierung	6

Aufrüstung in Österreich

Am 28. Jänner dieses Jahres wurde die Weltuntergangsuhr⁽¹⁾ auf 89 Sekunden vor Zwölf vorgestellt. So nah an Mitternacht sahen die Wissenschaftler*innen des Bulletins of the Atomic Scientists die Zeiger noch nie, nicht einmal zu Zeiten des Kalten Krieges. Als Grund werden die multiplen Krisen der Gegenwart genannt: die anhaltende Bedrohung durch einen nuklearen Krieg, insbesondere wegen des Krieges in der Ukraine, die eskalierten Konflikte im Nahen Osten, aber auch die Klimakrise und die Bedrohungen durch Künstliche Intelligenz und Desinformation sowie biologische Bedrohungen.

Bereits 2022 wurde der zehnjähriger Aufbauplan 2032+ mit Investitionen von 17 Mrd. Euro für das österreichische Bundesheer beschlossen. Der Verteidigungsetat

soll gemäß dem Regierungsprogramm zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Ziel ist, dass das "Österreichische Bundesheer 2032+" dazu befähigt ist, "Österreich gegen jeden militärischen Angriff zu verteidigen und sein Volk zu schützen".

Während die Regierung massive Einsparungen zur Konsolidierung des Budgets, die vor allem ärmere Bevölkerungsgruppen treffen, beschlossen hat, bekennt sich die Regierung zum Aufbauplan des Bundesheeres, der konsequent umgesetzt und laufend evaluiert werden soll. Selbst wenn laut den Vorschlägen der EU-Kommission der Anstieg der Rüstungsausgaben von den Schuldenregeln ausgenommen wird, muss die Aufrüstung früher oder später bezahlt werden und das Geld wird für Investitionen in Frieden, Soziales, Bildung etc. fehlen.

Das Weißbuch der Europäischen Kommission⁽²⁾

In dieser alarmierenden Situation hat die Europäische Kommission ein noch nie dagewesenes Aufrüstungsprogramm in der Höhe von 800 Milliarden Euro vorgestellt. Finanziert soll die massive Aufrüstung von den Mitgliedsstaaten werden, die dafür u.a. günstige Kredite erhalten sollen. Zudem werden die Schuldenregeln gelockert. Auf die finanziellen Bürden, die zukünftige Generationen zu tragen haben, wird nicht eingegangen. Begründet wird die Aufrüstung mit dem ganzen Spektrum möglicher Bedrohungen. Genannt wird Russland, das „eine große strategische Bedrohung auf dem Schlachtfeld“ darstellt, der am stärksten bewaffnete Staat Europas ist und auf Kriegswirtschaft umgestellt hat. Gemäß dem von der Europäische Kommission und der Hohen Vertreterin der EU für Sicherheits- und Außenpolitik Kaja Kallas im März 2025 vorgestellten „Weißbuch zur Europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030“ werden die territorialen Ambitionen Russlands weiter reichen, sobald seine Kriegsziele in der Ukraine erreicht sind. Russland wird „auf absehbare Zeit eine fundamentale Bedrohung für die Sicherheit Europas“ bleiben. Aber auch autoritäre Staaten wie China werden als Bedrohung angesehen, da sie versuchen, „ihre Autorität und Kontrolle in unserer Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen“. Außerdem wird kritisiert, dass China einen militärischen Ausbau betreibt, der intransparent ist. Dazu kommen Terrorismus, Extremismus, Migration, die sich durch den Klimawandel verstärken wird, geopolitischer Wettbewerb wie in der Arktis, international organisierte Verbrecherbanden, hybride Bedrohungen („Cyberangriffe, Sabotage, elektronische Eingriffe in globale Navigations- und Satellitensysteme, Desinformationskampagnen, politische

und Wirtschaftsspionage sowie die Bewaffnung der Migration“) und die Zusammenarbeit krimineller Gruppen mit feindlichen staatlichen Akteuren.

Eher am Rande werden die USA erwähnt, die als „traditionell starker Verbündeter“ der Meinung sind, „dass sie sich in Europa zu stark engagieren und ein neues Gleichgewicht herstellen müssen, indem sie ihre historische Rolle als primärer Sicherheitsgarant reduzieren“. Nicht erwähnt wird, dass die US-amerikanische Regierung mit der Erosion von Teilen ihres Staatsapparates und der Einteilung in „Sieger“, die sich alles nehmen können, und „Verlierer“, auf die keinerlei Rücksicht genommen werden muss, menschen- und völkerrechtliche Standards ignoriert und damit selbst eine Bedrohung für die Demokratien Europas und vor allem für die ins Visier genommenen Länder und Menschen darstellt.

In einer „härteren Welt der hyperkompetitiven und transaktionalen Geopolitik“, geprägt durch einen „globalen Technologiewettlauf“, einen Wettlauf in der Versorgung mit kritischen Rohstoffen und einem neuen Wettrüsten „muss die EU in der Lage sein, jeder Herausforderung wirksam zu begegnen und selbst auf die extremsten militärischen Eventualitäten wie bewaffnete Angriffe vorbereitet sein“, so das Weißbuch der EU-Kommission.

Getragen sind die militärischen Ambitionen der EU von der Sorge, die neue Weltordnung, die sich herausbildet, nicht mitgestalten zu können, über die eigene Zukunft nicht mehr entscheiden zu können und zwischen wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Blöcken zerrieben zu werden.

(1) <https://thebulletin.org/doomsday-clock>

(2) White Paper for European Defence – Readiness 2030: https://commission.europa.eu/document/download/e6d5db69-e0ab-4bec-9dc0-3867b4373019_en

Alle Zitate aus dem Weißbuch sind kursiv gesetzt. Übersetzung auf Deutsch durch [deepl.com](https://www.deepl.com)

Mit der neoliberalen Weltordnung in den Untergang?

Bereits 2019 verlangte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen höheren Führungsanspruch der EU, die die „Sprache der Macht“ lernen müsse. Mit ihrem Aufrüstungsprogramm will sich die Europäische Union nun ihren Platz an der Spitze der mächtigen Staaten/Blöcke sichern. Damit fördert sie aber auch das neoliberale Konzept, das auf dem Recht des Stärkeren basiert. Es besteht die Sorge, dass Konzepte und Strategien, die auf weltweiter Kooperation, Rücksicht auf die Schwächeren und auf den Planeten, Abrüstung und die Erreichung der Globalen Nachhaltig-

keitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs)⁽³⁾ beruhen, vernachlässigt werden.

Es ist zu befürchten, dass im rücksichtslosen Wettbewerb um strategische Vorteile, Ressourcen und Marktanteile ärmere Länder als „Selbstbedienungsläden“ missbraucht werden. Neoliberalismus, Militarismus und die Zerstörung des Klimas und der Umwelt hängen untrennbar zusammen. Es ist wohl kaum ein Zufall, dass das EU-Lieferkettengesetz genau zu dem Zeitpunkt der beschlossenen Aufrüstung gelockert werden soll.

Transparenz statt Kriegspropaganda und Alarmismus

In zeitlicher Nähe zu den Aufrüstungsplänen kommen Meldungen von Geheimdiensten, die vor Angriffsplänen Russlands auf NATO- oder EU-Staaten in den nächsten drei bis fünf Jahren warnen. Das erzeugt Verunsicherung und Angst, insbesondere bei den EU-Nachbarstaaten Russlands. Die Greenpeace-Studie „Wann ist genug genug? Kräftevergleich NATO-Russland“ zeigt allerdings auf, dass „die NATO Russland in fast allen militärischen Schlüsselparametern weit überlegen ist: beim Militärbudget (in absoluten Zahlen, Anmerkung d. Verfassers), der Truppenstärke sowie der Großwaffensysteme“. Betont wird, dass die NATO auch ohne die USA Russland militärisch überlegen ist.

Eine EU, die sich als Vertreterin von Meinungsfreiheit und Demokratie versteht, sollte eine transparente

öffentliche Diskussion mit verschiedenen Wahrnehmungen fördern und auf Kriegspropaganda und Angst-mache gänzlich verzichten. Dasselbe gilt für viele große Medienhäuser, die bereits ausführlich und teilweise sehr unkritisch über die Rüstungsmöglichkeiten berichten und diese als Ankurbelung der Wirtschaft bejubeln. All das führt zur weiteren Stärkung rechtsextremer Parteien, die sich gegen die EU-Aufrüstungspläne aussprechen und die Verarmung der Bevölkerung prophezeien. Dass die Ablehnung der EU-Aufrüstungspläne von Seiten rechtsextremer Parteien populistischer und nationalistischer Propaganda entspringt und nicht der Präferenz für Friedenspolitik, entgeht leider der Wahrnehmung vieler Menschen.

Die Spirale der Gewalt

Viele der im Weißbuch aufgezählten Bedrohungen sind Ergebnisse fataler politischer Entscheidungen der Vergangenheit. Zahlreiche Entwicklungen haben ihre Wurzeln auch in der Politik der USA und Großbritanniens. Als Beispiel kann die Bedrohung durch den „islamischen“ Terrorismus genannt werden. Angefangen vom Sturz der Regierung Mossadegh, der letztendlich die iranische Revolution 1979 zur Folge hatte, über die Förderung des islamischen Extremismus, über den völkerrechtswidrigen Einmarsch im Irak 2003, der die Entstehung des Islamischen Staates beförderte, wur-

de ein Problem geschaffen, das auf absehbare Zeit nicht bewältigt werden kann und das als eine große Bedrohung der europäischen Gesellschaften wahrgenommen wird. Die massive Gewalt der Terrorist*innen bekommt allerdings Europa nur in Teilen zu spüren, massiv betroffen sind der Nahe und Mittlere Osten sowie afrikanische Länder.

Auch der Verschlechterung der Beziehung zwischen den EU- bzw. NATO-Staaten und Russland, an der beide Seiten wohl einen Anteil der Schuld tragen, wurde we-

(3) <https://unric.org/de/17ziele/>

nig entgegengesetzt. Eine genaue Analyse der Vergangenheit könnte hier wertvolle Ideen bringen, wie in Zukunft eine gemeinsame europäische Friedensarchitektur aussehen könnte. Statt in alte Muster der Konfrontation zurückzufallen könnte die Idee eines „Gemeinsamen Hauses Europa“ wieder aufgegriffen und die Stärkung inkludierender Institutionen wie der OSZE finanziell und personell gefördert werden. Die positiven Entwicklungen der 1990er-Jahre wie beispielsweise der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa sollten beharrlich immer wieder in Erinnerung gerufen werden und – auch wenn Rückschläge absehbar sind – in der Zukunft mit den beteiligten Staaten, inklusive Russland – neu verhandelt werden. Immerhin wurde der KSE-Vertrag lediglich suspendiert und europäische Staaten fühlen sich den Zielen des Vertrages immer noch verpflichtet. Mechanismen der Konfliktprävention sind zu entwickeln, damit Kriege in Zukunft vermieden werden können. Vertrauensbildende Maßnahmen, die auch von den verschiedenen Zivilgesellschaften z.B. durch Zivile Friedensdienste oder Bürger*innen-Diplomatie getragen werden, sind für eine friedliche Entwicklung unerlässlich. Möglichkeiten des Austausches sollten in Zukunft mit allen europäischen Ländern gefördert werden. Schlussendlich können bereits jetzt Versöhnungsprozesse zwischen zurzeit verfeindeten Staaten angedacht werden, auch wenn sie angesichts des Krieges in der Ukraine und anderen Krisen auf europäischen Boden noch so in weiter Ferne erscheinen. Österreich könnte hier auf der Grundlage seiner Neutralität und seiner reichhaltigen Erfahrungen im Bereich der Diplomatie und der Anbahnung von Kommunikationsplattformen eine besondere Bedeutung zufallen.

Im Jahr 2001 zählte das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung 38 überwiegend gewaltsam ausgetragene Konflikte, 12 davon wurden als Kriege eingestuft. 2023 dokumentierte das Institut 220 gewaltsam ausgetragene Konflikte, 22 davon wurden als Kriege klassifiziert, 21 als eingeschränkte Kriege. Folglich ist auch die Zahl der Menschen, die zur Flucht gezwungen wurden, steil angestiegen: Während das UNHCR im Jahr 2001 noch 12 Millionen Flüchtlinge zählte,

waren es im Juni 2024 über 122 Millionen, was eine Verzehnfachung der Flüchtlingszahlen darstellt.

Kriegsflüchtlinge (euphemistisch oft nur mehr als Migrant*innen bezeichnet) belasten viele Gesellschaften der EU schwer und führen wiederum zur Stärkung rechtsradikaler Parteien. Sie werden als „Sicherheitsproblem“ angesehen und nicht als das, was sie sind: Opfer von Kriegen, die u.a. auch durch eine überbordende Militarisierung und Aufrüstung verursacht werden, wobei viele Waffen in die Hände illegaler bewaffneter bzw. terroristischer Gruppierungen gelangen. Nach Angaben der Vereinten Nationen lebt ein Viertel aller Menschen in von bewaffneten Konflikten betroffenen Gebieten. Zudem wurde über Jahrzehnte der Ausgleich zwischen reichen und armen Ländern verabsäumt. Armut und Ausbeutung fördern die Eskalation von Konflikten. Die Europäische Union bleibt die Antwort schuldig, inwieweit ihre Aufrüstungspläne zur Abschreckung und Verringerung der gewaltsamen Konflikte beitragen sollen. Waffen sind dazu gedacht, Menschen zu töten, deren Schutzfunktion wird seit jeher zurecht angezweifelt bzw. verneint.

Das betrifft insbesondere Nuklearwaffen. Ein „atomarer Schutzschirm“ für die EU ist angedacht, die Verpflichtung der Atomwaffenstaaten zur nuklearen Abrüstung, wie im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen NPT festgehalten, rückt damit in noch weitere Ferne. Von vielen Seiten wird die atomare Abschreckung wieder gut und wirksam geheißen. Dieser Einschätzung widersprechen viele Staaten, u. a. Österreich, und die weltweite Zivilgesellschaft. Sicherheit bringt nur die vollständige Abrüstung dieser Waffen, die das Leben auf dem Planeten vielfach vernichten können. Es wäre für die Sicherheit Europas und der Welt äußerst wichtig, dass der New-START-Vertrag als letzter Rüstungskontrollvertrag von strategischen Atomwaffen, abgeschlossen zwischen den USA und Russland und von Russland im Februar 2023 ausgesetzt, wieder auf Schiene kommt. Die EU-Länder sollten dem Beispiel Österreichs, Irlands und des Heiligen Stuhls (sowie allen anderen Vertragsstaaten) folgen und dem UN-Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen (TPNW) beitreten.

Klima- und Umweltkiller Militär

Die Antwort der Weltgemeinschaft auf die drohende Klimakatastrophe ist lt. UNO-Generalsekretär Guterres „erbärmlich“. Vom United Nations Environment Programme (UNEP) wird geschätzt, dass die Erderwärmung zu Ende des Jahrhunderts 2,8 Grad betragen wird. Die Gletscher schmelzen weltweit, was unabsehbare Probleme zur Folge haben wird, immerhin versorgen sie zwei Milliarden Menschen mit Trinkwasser. Sechs von neun planetaren Grenzen sind überschritten, der Meeresspiegel steigt an und Extremwetterereignisse plagen die Menschen bereits jetzt weltweit in

zunehmendem Maß.

Politiker*innen und Militärs tun so, als ob die Klimakatastrophe nichts mit dem Militär zu tun hätte. Anfang der 2020er-Jahre wurde der Beitrag des Militärs zu den globalen Treibhausgasemissionen auf 5,5 Prozent geschätzt (Scientists for Future Österreich 2022). Durch die massive weltweite Aufrüstung und die furchtbaren Kriege wird diese Prozentzahl sicher ansteigen. Dazu kommt die massive Zerstörung der Umwelt durch Kriege und Rüstung, die wiederum den Klimawandel befeuert und ganze Landstriche über Jahrzehnte oder sogar Jahrhun-

derte zerstört, sowie die Verschwendung von knapper werdenden Ressourcen. Die gesamten Treibhausgasemissionen des Krieges in der Ukraine seit der Invasion Russlands im Februar 2022 werden auf 230 MtCO₂e geschätzt.⁽⁴⁾ Vielfach wird bereits in Bezug auf den Krieg in der Ukraine, aber auch in Bezug auf Gaza, von einem Ökozid gesprochen.

In Bezug auf zukünftige Generationen ist die Aufrüstung der EU-Staaten zutiefst verantwortungslos. Die weltweiten Investitionen in Rüstung sind sechsmal höher als in

Klimaschutz (Scientists for Future Österreich 2021). Der Schutz des Klimas ist aber eine Überlebensfrage für die Menschheit. Schon jetzt sind Millionen wegen des Klimawandels zu Flüchtlingen bzw. Nomaden, die ständig vor Dürre fliehen, geworden. Anders als die Rüstungsindustrie haben diese Menschen keine Lobby bei den EU-Institutionen. Im Hinblick auf die zu erwartende Klimakatastrophe sollte sich dringend die Einsicht durchsetzen, dass sich die Menschheit Rüstung und Krieg einfach nicht mehr leisten kann.

Humanistische Fragen

Bereits Bertha von Suttner warnte vergeblich vor der Überrüstung, der Anarchist Pierre Ramus nannte Krieg „Mord auf Kommando“. Aus humanistischer Sicht ist es mehr als fragwürdig, Menschen mit dem Töten anderer Menschen zu beauftragen bzw. ihre Tötung in Kauf zu nehmen. In der Ukraine, im Gaza-Streifen, in Kongo, im Sudan und an vielen Kriegsschauplätzen mehr sehen wir das unermessliche Leid, das der Krieg Menschen zufügt. Kriegsverbrechen sind an der Tagesordnung, sie sind Bestandteil jedes Krieges. Wir sehen, wie Menschen unter Drohung und Folter in den Krieg gezwungen werden und wie der Krieg die Ungleichheit verschärft, da sich gerade arme Menschen nicht dem Kriegsdienst entziehen können, während das zahlreichen reichen Wehrpflichtigen gelingt. Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen werden eingesperrt, gefoltert und sogar getötet. Die Folgen von Kriegseinsätzen für die Soldat*innen wie Verstümmelungen, posttraumatische Belastungsstörungen, häusliche Gewalt etc. werden so gut wie möglich in einen Mantel des Schweigens gehüllt. Tagtäglich begehen zwanzig Kriegsveteranen in den USA Selbstmord. Die Seele des Menschen ist verletzlich und zerbrechlich und

nicht auf Krieg ausgerichtet. Daher haben Staaten aus humanistischer Sicht kein Recht, Menschen für den Krieg auszubilden und in einen Krieg zu entsenden. Mit dem Aufrüstungsprogramm hilft die EU mit, eine Kultur des Krieges und der Gewalt weiter einzuzementieren. Nicht mehr der Friede soll im Geist der Menschen verankert werden (UNESCO-Verfassung), sondern die europäischen Gesellschaften sollen wieder „kriegstauglich“ gemacht werden.

Die vielfältigen Herausforderungen und Bedrohungen, vor denen Österreich und die EU stehen, sollen nicht klein geredet werden. Allerdings führt die Einteilung in befreundete Staaten und feindliche Staaten in eine Sackgasse, nämlich in einen fragilen Scheinfrieden, der jederzeit zerplatzen kann. Die Menschheit hält das nötige Wissen und die nötigen zivilen und gewaltfreien Methoden und Instrumente in Händen, um einen nachhaltigen Frieden aufzubauen. **Wir erwarten daher von der österreichische Bundesregierung, dieses Instrumentarium zur Anwendung zu bringen anstatt sich an einem sinnlosen, kostenintensiven und die Lebensgrundlagen zerstörenden Wettrüsten zu beteiligen.**

(4) Climate Damage caused by Russia's War in Ukraine. Preliminary assessment by the Initiative on GHG Accounting of War. Autor*innen: Lennard de Klerk, Mykola Shlapak, Sergiy Zibtsev, Viktor Myroniuk, Oleksandr Soshenskyi, Roman Vasylyshyn, Svitlana Krakovska, Lidiia Kryshchak, Vrije Universiteit Amsterdam. https://en.ecoaction.org.ua/wp-content/uploads/2025/02/20250224_ClimateDamageWarUkraine36monthsEN_prelim-1.pdf

Unerlässliche Handlungsschritte für die österreichische Bundesregierung

- ▶ Wir erwarten, dass Österreich sich von der Kultur der Gewalt und der Kriegsvorbereitung distanziert und einen für zukünftige Generationen verantwortungsvollen Weg einschlägt, der auf einer aktiven Friedens- und Neutralitätspolitik beruht und zum Aufbau einer Kultur des Friedens beiträgt. Die österreichische Friedenspolitik sollte dabei einem zivilen, ursachenorientierten Ansatz zur Überwindung von Konflikten und Krisen folgen und zivile Krisenprävention stärken.
- ▶ Die Bundesregierung hat die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt aller sicherheitspolitischen Überlegungen zu stellen. Diese umfasst die wirtschaftliche Sicherheit, die Sicherheit der Umwelt, Sicherheit der Ernährung und Gesundheit, die persönliche Sicherheit, die Sicherheit der Gemeinschaft und politische Sicherheit.
- ▶ Österreich sollte unbedingt seine Militärausgaben einfrieren und die freiwerdenden Mittel in die verstärkte humanitäre Unterstützung von Menschen in Kriegsgebieten und die Stärkung und Weiterentwicklung ziviler Konfliktlösungsmechanismen investieren. In diesem Zusammenhang erwarten wir, dass die Bundesregierung den Zivilen Friedensdienst als Gemeinschaftsprojekt von Staat und Zivilgesellschaft umsetzt. An internationalen Einsätzen im Rahmen der EU, der OSZE oder der UNO sollte Österreich nur mehr zur Verrichtung ziviler Tätigkeiten teilnehmen. Wir schlagen die Bildung eines Pools von zivilen Kräften vor, die für internationale Einsätze zur Verfügung stehen.
- ▶ Wir erwarten von der Bundesregierung außerdem, angedachte Überlegungen zur Verlängerung des Wehrdienstes in Österreich fallen zu lassen und keinesfalls einen Zwangsdienst für Frauen einzuführen.
- ▶ Wir halten einen Rückzug Österreichs aus dem Projekt Sky Shield für notwendig und erwarten, dass Österreich sich im Rahmen der EU gegen den Aufrüstungsplan bzw. Readiness 2030 ausspricht.
- ▶ Es braucht eine Änderung des Truppenaufenthaltsgesetzes, das 2001 von der ÖVP-FPÖ-Regierung beschlossen wurde. Allein im Jahr 2024 wurden 4584 ausländische Militärtransporte durch Österreich sowie 6245 Überflüge mit Militärflugzeugen genehmigt. Aus friedens- und neutralitätspolitischer Sicht sollte Österreich in Zukunft keine derartigen Genehmigungen mehr erteilen, insbesondere wenn Kriegsgerät in Krieg führende Staaten geschafft wird, unabhängig davon, ob eine Militäraktion von der UNO legitimiert ist oder nicht. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass 1991 auf österreichischen Eisenbahnschienen US-Bergepanzer rollten. Auf diese wurden im Irak riesige Bergeschaufeln montiert, mit denen im Bodenkrieg irakische Soldaten in ihren Stellungen lebendig begraben wurden.
- ▶ Wir erwarten, dass sich Österreich im Rahmen der EU gegen einen „atomaren Schutzschirm“ ausspricht und weiter für den Beitritt der Mitgliedsstaaten zum Atomwaffenverbotsvertrag wirbt. Wir ermutigen die Bundesregierung, sich im Rahmen der UNO weiterhin für ein verbindliches Abkommen zur Regulierung autonomer Waffensysteme und Künstlicher Intelligenz (KI) einzusetzen.
- ▶ Unter Berufung auf eine verschärfte Sicherheitslage an den Grenzen zu Russland und Belarus haben Finnland, Polen und die baltischen Staaten ihren Austritt aus dem „Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung“ (Ottawa-Konvention) angekündigt. Österreich hat wesentlich am Zustandekommen des Vertrags, der die Opferzahlen von Antipersonenminen wesentlich senkte, mitgewirkt. Wir ersuchen die Bundesregierung, auf die o.g. Staaten dahingehend einzuwirken, dass sie ihre Ankündigung überdenken, denn jeder Austritt aus der Konvention wird verheerende humanitäre Folgen nach sich ziehen.
- ▶ Die Europäische Union weist immer mehr Merkmale eines Verteidigungsbündnisses auf. Wir erwarten, dass Österreich alles tut, um diese Entwicklung zu verhindern und dafür zu werben, dass die zivilen Kapazitäten der Konfliktbearbeitung gestärkt werden, insbesondere jene der Konfliktprävention. In diesem Zusammenhang sind die SDGs zügig umzusetzen, denn sie würden die Lebensgrundlagen von Menschen verbessern und so mithelfen, Konflikte ursachenorientiert zu bearbeiten. Wir erwarten daher, dass die österreichische Bundesregierung in internationalen Handelsbeziehungen und -verträgen verstärkt auf mehr Fairness und Gerechtigkeit gegenüber den Ländern des globalen Südens achtet.

- ▶ Wir halten den Aufbau einer Behörde für Katastrophenschutz für notwendig, denn die österreichische Bevölkerung ist zahlreichen nicht-militärischen Bedrohungen ausgesetzt und die Vorsorgemaßnahmen der Regierung lassen zu wünschen übrig. Seit Jahren wird vor einem Blackout gewarnt, auch ein Unfall in den zahlreichen Atomkraftwerken im Umfeld Österreichs kann die Menschen massiv gefährden. Jeder in Österreich lebende Mensch sollte wissen, was im Falle einer Katastrophe zu tun ist. Auch im Bereich des Hochwasserschutzes und des Schutzes vor anderen Naturereignissen bzw. vom Menschen verursachten Ereignisse (Dürre, Lawinen, Muren) muss vermehrt investiert werden. Die Städte brauchen eine umfassende Strategie zum Schutz vor Hitze.
- ▶ Statt die Rüstungsproduktion bzw. Rüstungsforschung anzukurbeln, erwarten wir Investitionen in die weitere Entwicklung von Forschung für Güter zum Schutz des Klimas und der Umwelt. Forschung und Lehre an Schulen und Universitäten sollten ausschließlich friedlichen Zielen verpflichtet sein. Wir schlagen vor, in den Schulen das Unterrichtsfach „Friedensbildung“ einzuführen, welches sowohl den gewaltfreien Umgang der Schüler*innen untereinander fördert als auch „das Zusammendenken der verschiedenen Wissensbereiche, um die Kompetenzen zur Bewältigung der Hauptaufgaben der Menschheit auszubilden – die Organisation einer Weltgesellschaft, der es gelingt, in Frieden unter den Menschen und in Frieden mit der Natur zu leben“ (Werner Wintersteiner, Spinnrad. Forum für aktive Gewaltfreiheit, 3/2023).
- ▶ Es ist unerlässlich, dass Österreich die Stärkung und die (Wieder)Aufwertung internationaler Organisationen wie die UNO, die OSZE, den Europarat, den Internationalen Gerichtshof und den Internationalen Strafgerichtshof fördert. Das sind die Gremien, in denen Konflikte ausgetragen und wo an deren Lösung gearbeitet werden soll. Sie sollten daher mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.
- ▶ Österreich muss Urteile und Bewertungen der UNO und der Gerichtshöfe sowie das Völkerrecht anerkennen und in gleicher Weise auf alle Konflikte anwenden. Das trifft insbesondere auf Gaza, aber auch auf Syrien zu. Die Bewertung, ob ein Krieg völkerrechtswidrig ist bzw. ob das humanitäre Völkerrecht in einem Krieg missachtet wird, obliegt objektiven Kriterien und nicht, ob ein angreifender Staat befreundet ist oder nicht. Ebenso sind Kriegsverbrechen zu ahnden, egal, ob sie von einem Staat oder von nichtstaatlichen Akteur*innen verübt werden.
- ▶ Wir erwarten uns in Bezug auf den Krieg in der Ukraine, dass sich Österreich für einen Waffenstillstand und für Frieden einsetzt und alles in seiner Macht Stehende tut, um einen Ausverkauf der ukrainischen Besitztümer, insbesondere der Ressourcen, zu verhindern. In Bezug auf diesen Krieg hat die EU doppelte Standards zur Anwendung gebracht. Durch das Beharren auf einen Siegfrieden mit einer langfristigen Schwächung Russlands dauert der Krieg nun bereits drei Jahre und hat unsägliches Leid über die ukrainische Bevölkerung gebracht, aber auch über Russinnen und Russen, die Angehörige verloren haben oder wegen ihres Widerstands gegen den Angriffskrieg Gefängnis und Folter erleiden bzw. fliehen mussten. Friedenspläne bzw. ausverhandelte Abkommen von Staaten oder aus der Zivilgesellschaft wurden nicht ausreichend diskutiert bzw. weiterverfolgt, ebenso kamen bereits vorhandene Mechanismen der UNO wie der Guidance on Mediation of Ceasefires nicht zum Einsatz, zumindest wurde es nicht in der Öffentlichkeit kommuniziert. Diplomatie und friedensstiftende Maßnahmen garantieren nicht die Beendigung eines Krieges, so wie Waffenlieferungen oder der Einsatz von Militär keinen Sieg garantieren. Allerdings werden Friedensbemühungen allzu schnell als erfolglos abgetan, während es unendlich lange braucht, bis erfolglose militärische Einsätze überdacht werden. Eine Lektion, die die Regierungen trotz der Erfahrungen in Afghanistan oder dem Irak noch immer nicht gelernt haben. Die Folgen tragen die betroffenen Bevölkerungen.
- ▶ Als Grund für die Aufrüstung der EU wird u.a. der Schutz der demokratischen Werte genannt. Wir erwarten, dass sich die österreichische Bundesregierung für die Einhaltung der Menschenrechte in der Welt und hier in Österreich einsetzt. Dazu zählt insbesondere das Recht auf Asyl für Wehrdienstverweigerer und das Recht von Kriegsflüchtlingen auf Schutz. Im Inland beobachten wir eine zunehmende Einschränkung der freien Meinungsäußerung. Friedensaktivist*innen werden als Putin-Versteher*innen oder Hamas-Unterstützer*innen verunglimpft und marginalisiert. Das ist der erste Schritt zum Autoritarismus. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie dem Einsatz für den Frieden Wertschätzung und Unterstützung entgegenbringt. Ein erster Schritt könnte ein regelmäßiger Austausch zwischen Politik und der friedensbemühten Zivilgesellschaft sein.

Internationaler Versöhnungsbund - österreichischer Zweig

Als Teil der internationalen Friedensbewegung arbeitet der österreichische Versöhnungsbund aktiv gewaltfrei für einen gerechten und nachhaltigen Frieden. Unsere Programme umfassen die Bereiche aktive Friedenspolitik in Österreich, Friedensförderung und Demilitarisierung, wobei der Einführung von Zivilen Friedensdiensten ein besonderes Augenmerk zukommt, Aufbau einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit mit besonderem Fokus auf gewaltmindernde Strukturen sowie die Förderung von gewaltfreier Konfliktbearbeitung in Krisen- und Kriegsgebieten. Dafür unterhalten wir Projekte zur Unterstützung gewaltfreier Initiativen in Kolumbien sowie in Israel/Palästina.

FÜR RÜCKFRAGEN

Irmgard Ehrenberger, Geschäftsführerin
office@versoehnungsbund.at
www.versoehnungsbund.at
Tel: 01 408 5332

Lederergasse 23/3/27
A – 1080 Wien

